

Generalbevollmächtigter
Patzlaff, Thomas

Postanschrift:

Postfach 65 06 02

D-13306 Berlin

Tel.: +49 30 450 84 981

Fax: +49 30 450 84 982

Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF, Postfach 65 06 02, D-13306 Berlin

Monika Lüke
Generalsekretärin
Amnesty International Sektion
Bundesrepublik Deutschland e. V.
Generalsekretariat
Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

Groß-Berlin, den 02. Mai 2011

Menschenrechtsverletzungen als Norm in deutsch-Land

Sehr geehrte Frau Lüke,

Sie vertreten Amnesty International im „Bundesrepublik Deutschland e. V.“. Nun, diese kleine Wortspielerei ist nicht nur ironisch und vielleicht aus mancher Betrachtung heraus witzig, sondern sie führt direkt zum Kern meiner Anfrage.

Bevor ich also zu Fragen der Menschenrechte und des konkreten Problems komme, will ich zunächst die Frage aufwerfen, wo sich das ganze überhaupt abspielt. Dies mag für Sie befremdlich klingen, ergibt sich aber für mich schon aus Ihrem Lebenslauf und auch aus den Lebensläufen der Vorstandsmitglieder. Sie haben alle eines gemein und das ist der Umstand, daß Sie Produkte des bestehenden Systems sind. Da kommt aus meiner Sicht die berechtigte Frage auf, ob Sie überhaupt Ansprechpartner sein können.

Ich für meinen Teil wohne in Groß-Berlin, welches im Rahmen der besonderen Situation unseres Landes und als Folge des Wirkens der Alliierten und von Geschichtsbereinigungen, einfach mal abgeschafft wurde. Gemäß der Erklärung der „Drei Mächte“ vom 08. Juni 1990 ist „Berlin“, wobei zu klären wäre was diese darunter verstanden haben, weiterhin kein konstitutiver Bestandteil einer BRD der „Drei Mächte“. Mir ist kein Dokument bekannt, welches diese Erklärung aufhebt oder unwirksam macht. Daher ist der territoriale Stand von Groß-Berlin bisher aus meiner Sicht ungeklärt und ich gehe weiter vom sogenannten Sonderstatus von „Berlin“ aus.

Dieses „Berlin“ / Groß-Berlin ist eingebettet in ein „Bundesland Brandenburg“, welches angeblich im Zuge der juristisch unmöglichen Wiedervereinigung zur BRD gelangt sein soll aber bis heute über keine Gründungsurkunde verfügt. Dieses wiederum liegt im Gebiet der ehemaligen DDR, welche völkerrechtswidrig 1990 mal eben beseitigt wurde. Da wurde eine Verfassung durch einen einfachen Volkskammerbeschluß aufgehoben, was unter keinen Umständen mit dem Völkerrecht zu vereinbaren war.

Alles zusammen soll jetzt den Obstsalat „Bundesrepublik Deutschland“ darstellen, wobei

es schon absonderlich erscheint, daß sich dieser Mächtigenstaat im Außenverhältnis einfach mal als „Deutschland“ bezeichnet, was ebenfalls völkerrechtlich eine Unmöglichkeit darstellt. Es ist mir kein Beispiel bekannt, wo sich ein und der selbe „Staat“, nach Belieben mal so oder so bezeichnet.

Als der „Staat Deutschland“ dann in den UN-Sicherheitsrat gewählt wurde, habe ich daher eine Protestnote an den Generalsekretär der UN geschrieben und mich darüber beschwert, daß es nicht sein kann, daß aus der Regierung eines „Staates“ mit der Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ ein Vertreter für einen „Staat“ „Deutschland“ entsendet werden kann, was aber leider auf taube Ohren traf und keinerlei Reaktion nach sich zog.

Jetzt haben wir also die geistesranke Situation, daß dieser vermeintliche Staat unter zwei Bezeichnungen firmiert. An den Botschaften von einigen kleinen Ländern prangt noch Vertretung der „Bundesrepublik Deutschland“ und in New York heißt es die Vertretung von „Germany“ und nicht mehr „Federal Republic of Germany“ wie früher.

Hier sei an Artikel 133 GG erinnert, wonach die BRD in die Rechte und Pflichten des vereinten Wirtschaftsgebietes eintritt und somit die „Drei Mächte“ vertritt. Damit standen die Organe dieser BRD vom ersten Tag des Bestehens an, im Kriegszustand mit dem deutschen Volk! Dieser Zustand ist nach wie vor aktuell.

1990 wurden die Rechte der „Vier Mächte“ auf die der „Drei Mächte“ übertragen, was über das Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin realisiert wurde. Das entsprechende Gesetz wurde Anfang 1994 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht!!!

Alleine schon durch diese wenigen Eckdaten ergibt sich schlüssig, daß die BRD nach wie vor eine Verwaltungseinheit der „Drei Mächte“ ist und über keine Souveränität und schon überhaupt nicht über hoheitliche Merkmale verfügt, da das deutsche Volk nie dazu aufgefordert worden ist, die BRD in einen hoheitlichen Staatenstatus zu erheben. In Verbindung mit dem fehlenden Friedensvertrag ergibt sich zwingend, daß wir uns noch im Zustand Krieg befinden und das lediglich die 1945 vereinbarte Waffenruhe Bestand hat.

Als kleines aber bemerkenswertes Schmankehl soll nicht unerwähnt bleiben, daß 2007 das Staatsangehörigkeitsgesetz dahingehend geändert wurde, daß seit dem dort zu lesen ist, daß sich unsere Staatsangehörigkeit im Sinne einer Verordnung von Adolf Hitler **geändert** hat!!! Wenn man jetzt weiß, daß die Steuergesetzgebung, der größte Teil der Verwaltungsordnung und ein erheblicher Teil der gesetzlichen Grundlagen für Juristen ebenfalls auf die Zeit zwischen 1935 bis 1939 basieren, dann könnten schon unangenehme Fragen aufkommen. Dazumal die Entnazifizierung bei Juristen nicht stattgefunden hat und diese das Fundament für die heutige „un“-**Rechts**ordnung gebildet haben.

Damit dürfte der Rahmen, in dem die Frage nach der Wirksamkeit von Menschenrechten gestellt werden soll, fast fertig gezeichnet sein. Fehlt bloß noch die Aussage von berufener europäischer Stelle, welche ganz offen zugibt, daß es für Europa keine Menschenrechtsorgane gibt und das alle diese ausschließlich auf die „Dritte Welt“ gerichtet sind!

An dieser Stelle werfe ich also die allgemeine Frage auf, ob Menschenrechte in unserem Land, unabhängig wie dieses bezeichnet wird, überhaupt wirksam umsetzbar sind?

Bevor Sie sich aber gedanklich an die Antwort machen, will ich meinen speziellen Fall

wenigstens grob darlegen, damit Ihnen die Entscheidung leichter fällt und vor allem, damit auch eine verwertbare Antwort dabei herauskommen kann.

Ende 2002 hielt mir jemand einen Reichsausweis vor die Nase und damit geriet nicht nur mein Geschichtsbild ins Wanken, sondern ich fing an Gesetze und internationale Verträge zu lesen. Ja ich quälte mich sogar durch umfängliche juristische Abhandlungen, was wirklich eine Qual, wenn auch eine ergiebige war. Was dabei zu Tage trat, war nicht einmal im Ansatz in Deckung mit der Medienpropaganda oder dem in der Schule gelernten Geschichtsbild.

Daraufhin hinterfragte ich „Behörden“ und Juristen, doch entweder bekam ich keine Antwort oder eine nichtssagende. Ich fand eine Mauer des Schweigens auf allen Ebenen. Da dieser Zustand nicht erträglich war, fing ich mit Aufklärungsarbeit an und gründete den runden Tisch Berlin und zuletzt die natürliche Föderation.

Dies war dem System ein Dorn im Auge und so wurde der runde Tisch Berlin infiltriert und sanktioniert, bis dieser auseinander brach. Die Informationsplattform und das gewachsene Netzwerk bestehen aber nach wie vor weite und finden mittlerweile auch internationale Beachtung, wie mir die eingehende Epost beweist.

Aufgrund meiner immer breiter werdenden Wissensbasis, bin ich natürlich in einer oppositionellen Position und hinterfrage alles und wenn mir keine überprüfbaren Beweise vorgelegt werden, was die Regel ist, dann verweigere ich die Folgschaft und übe zivilen Ungehorsam. Da rechtliche Mittel bestenfalls nur gelegentlich und rein zufällig funktionierten, sah ich mich dazu gezwungen mich als souverän zu erklären und aus der Leibeigenschaft der BRD auszusteigen.

In 2009 begann ich die Leichtsinnigkeit eine Strafanzeige gegen die Partei Die Grünen/Bündnis 90 und die Regierungspartei zu stellen. Als Ergebnis fand nicht etwa eine Ermittlung statt, sondern ich wurde zur Überprüfung meines Geisteszustand, zu einer fachärztlichen Begutachtung durch das Bezirksamt Mitte von Berlin vorgeladen. Bei dieser Untersuchung zeigte mir die befragende Frau Dr. dann meine Originalanzeige! Zum Glück war diese Frau aber recht aufgeschlossen und ich konnte Ihr meine Erfahrungen der letzten Jahre darlegen, was die Frau Dr. ganz erheblich in Mitleidenschaft gezogen hat. Diese war sichtlich betroffen, als ich Ihr u. a. von den mir persönlich zugetragenen Todesopfern berichtete.

Doch dies war erst die Ouvertüre und es folgte im April 2010 die Aufforderung zur fachärztlichen Untersuchung durch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, mit dem Ziel mir die Fahrerlaubnis zu entziehen. Die Begründung war, wenn es nicht so traurig wäre, lächerlich.

„Sie erkennen in Ihren Schreiben die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht an und stellen die Legitimation der deutschen Parlamente, Gerichte und Behörden grundsätzlich in Frage. Da Sie konkrete Maßnahmen der Behörden für sich als ungültig ansehen ist auch keine ausreichende Sicherheit gegeben, dass Sie den verkehrsrechtlichen Regeln Folge leisten.“

Dies erfolgte auf einfachen Zuruf durch den Polizeipräsidenten in Berlin, welchen ich bereits mehrfach unwirksam angezeigt habe. Eine Ermittlung wurde nie aufgenommen. Die hier als Begründung angefügte, rein spekulative Hypothese auf eine potentielle Handlung in einer nicht benannten Zukunft, ist durch keinerlei Fakten untermauert. Das ganze ist einfach die Sanktion meiner Meinung, welche zudem fundiert und mit Quellen belegt ist. Gemäß den Forderungen des Grundgesetzes ist es nicht nur mein Recht gewesen die öffentlichen Organe zu hinterfragen und zu prüfen, sondern sogar meine

Pflicht. Wenn diese Organe nicht willig oder unfähig sind mir Rede und Antwort zu stehen, dann muß ich damit solange weiter fortfahren, bis ich eine zufriedenstellende Antwort bekomme oder ich muß entsprechende, rechtliche Schritte einleiten, was ich immer wieder getan habe, was aber immer wirkungslos geblieben ist.

In diesem, wie in allen anderen Fällen, ist mir immer das rechtliche Gehör vollständig verweigert worden. Konkrete Fragen wurden nie beantwortet. Die Forderung nach Vorlage von Legitimationen wird zu 100% immer ignoriert oder zurück gewiesen. Rechtliche Ausführungen werden entweder vollständig ignoriert oder in nichtssagender und pauschaler Weise scheinbeantwortet. Der laut Grundgesetz zustehende Rechtsschutz wird verweigert und im Falle meines Führerscheinentzugs, welcher unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und unter Gewaltanwendung erfolgte, schwebt das Verfahren noch immer aber die Sanktion, also das Fahrverbot und der Führerscheinraub, sind nach wie vor beständig. Dabei wurde mir sogar das Recht auf das Menschsein verweigert, den ich werde konsequent immer als juristisch entmündigte juristische Person adressiert und meine entgegenstehenden Willenserklärungen werden mißachtet. Gemäß BGB bin ich somit ein Ding und kein belebter Mensch und genauso wird mit mir verfahren.

Vor einigen Wochen habe ich wieder einmal eine Anzeige und einen Strafantrag gestellt. Darin waren verschiedene Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und natürlich auch mal wieder mein Freund, der Polizeipräsidenten in Berlin angezeigt. Natürlich wurde in dieser Sache nicht ermittelt und eine Vorgangsnummer der Polizei wurde nicht mitgeteilt. Die Staatsanwaltschaft teilte in einem nach deutschen Recht nichtigen Schreiben mit, daß kein hinreichender Tatverdacht besteht, was definitiv nicht stimmt, und erklärte die Sache für eingestellt. Aber folgenlos blieb diese Anzeige natürlich nicht, denn als Oppositioneller soll ich lernen mich zu fügen und daher bin ich schon wieder zur fachärztlichen Begutachtung, zum Bezirksamt Mitte von Berlin bestellt. Natürlich erfolgte dies nach deutschem Recht nichtig und ohne Angabe von Gründen oder gesetzlichen Grundlagen.

Es zeichnet sich also ab, daß ich „beseitigt“ werden soll. So ist es schon vielen Aufklärern ergangen, wie mir bestens bekannt ist. Zwangspsychiatisierung nennt sich dieser Sport in unserem Land. Das ergibt sich zwingend daraus, daß ich mich bisher um Tabuthemen herumbewegt habe und das man mich deswegen nicht, wie bei vielen anderen üblich, einfach auf dem Weg der Kriminalisierung beseitigen und einsperren kann. Beispiele für diese Spielart sind Horst Mahler, Silvia Stolz, Ernst Zündel und viele andere. Mir ist in den Jahren sogar jemand begegnet, der für ein Bibelzitat drei Jahre Gefängnis bekommen hat. Soviel zum freiheitlichsten Staat der Welt. Die Realität ist noch viel grausamer, wie ich u. a. im Gespräch mit der Tochter von ehemaligen Stasileuten erfahren habe. Diese hat einen Giftanschlag nur knapp überlebt aber eine ihrer Töchter ist dabei ums Leben gekommen. Auch das ist eine Variante und daher kann ich auch schon drei schriftliche Morddrohungen gegen mich verbuchen.

Das hier geschilderte ist natürlich sehr stark zusammen gerafft und kann jederzeit weiter ausgeführt und belegt werden. Doch bevor ich mir diese Arbeit mache, will ich erst von Ihnen wissen, ob Amnesty International in meinem Fall überhaupt etwas hilfreiches tun kann und vor allem will? Ist Amnesty International authentisch oder eine der vielen beständigen Alibiorgane, welche wie etwa ATAK oder Geenpeace nur steuerbare Scheinopposition darstellen, welche zudem noch recht einträgliche Geschäfte einrühren? Ein kurzer Blick über die deutschen Weltnetzseiten von Amnesty International geben ein sehr auslandslastiges Bild. Doch wie sieht es hier vor der eigenen Haustür aus?

In unserem Land finden tägliche schwere Menschenrechtsverbrechen gegen das ganze

deutsche Volk statt und ich finde einfach keine Aktivitäten von namhaften Organisationen dagegen. Ist das nicht auffällig? Es steht förmlich in großen Leuchtbuchstaben offen auf der Straße geschrieben, daß wir in einer der perfidesten Diktaturen der Welt leben und es scheint offenbar nur die Betroffenen zu kratzen. Ist es Staatsziel, so wie es die Grünen immer wieder gerne von sich geben, daß unser Land ausgerottet werden soll? Haben wir unsere Aufgabe als Melkkuh der Welt, welche sich rund und fett an unserer Leistung gefressen hat, erfüllt und müssen jetzt den Weg allen sterblichen gehen?

Damit finde ich mich jedenfalls nicht ab und daher suche ich nach starken Partnern, die dem hier zur Norm gewordenem Unrecht endlich erfolgreich Einhalt zu gebieten helfen wollen. Die Menschenrechte so wie sie heute beständig sind, müssen wirkungslos sein, denn diese unterstehen dem Kriegsrecht, was die zu erkennenden Fakten immer wieder belegen. Daher habe ich die natürlichen Menschenrechte als echte Alternative vorproklamiert und als Alternative zum Kriegsorgan UN die natürliche Föderation gebildet. Hier habe ich begonnen ein echtes und auf wirklichen Frieden ausgerichtetes Völkerrecht aufzubauen. Dies ist zwingend nötig, da der beständige Weltkrieg kein Ende finden wird, denn die es beenden könnten, wollen nicht und die es wollen, können nicht.

Weitere Informationen finden Sie auf den in der Fußzeile angegebenen Weltnetzadressen.

Nach meinen Erfahrungen muß ich davon ausgehen, daß ich von Ihnen eine der üblichen Antworten bekommen. Darin heißt es dann, daß dafür die deutschen Gerichte zuständig sind oder wir können uns hier nicht in landesinterne Angelegenheiten einmischen. Das ganz wird dann für gewöhnlich in ein paar freundlich scheinende, polemische Worthülsen gekleidet und fertig ist der Brei. Ab auf die lange Ablage und gut ablagern lassen.

Zu solchen Rückmeldungen schreibe ich dann für gewöhnlich einen entsprechenden Rundbrief, damit die Öffentlichkeit etwas klüger geworden ist und ab in den Ordner für erledigte Fälle. Es besteht aber natürlich immer ein gewisses Restrisiko, daß ich eine unerwartet positive Antwort bekomme, was mich nicht nur erfreuen, sondern ausnahmsweise mal wieder mit etwas Hoffnung für eine vermeintlich hoffnungslose Lage erfüllen würde. Die letzte Variante wäre mir natürlich am Liebsten und wenn sich daraus weitere hoffnungsvolle Perspektiven abzeichnen ließen, um so besser.

Für Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und wenn Sie Ihr Terminkalender in absehbarer Zeit wieder nach Berlin führt, stehe ich Ihnen auch gerne persönlich Rede und Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

P a t z l a f f, Thomas
Als Mensch
Als natürliche Person
Als Generalbevollmächtigter der
- Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF -

